

Rat der oftmals Ratlosen: Marktoptimistische Vierermehrheit

Zum siebenundvierzigsten Jahresgutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“

Mitte dieser Woche legt der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ sein siebenundvierzigstes Jahresgutachten mit über 400 Seiten Text, Tabellen und Anhängen zu methodischen Fragen vor. Die Bundesregierung wird dem gesetzlich verordneten Rollenspiel folgend, auf dieses Opus im Januar kommenden Jahres per Jahreswirtschaftsbericht antworten. Was wollen diese ironisch als die „Fünf Weisen“ etikettierten Räte? Nach dem sich erste Risse in den sog. „Wirtschaftswunderjahren“ offenbarten, wurde dieser Ökonomenrat 1963 per Gesetz gegründet. Bis heute lautet der Auftrag, „zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitischen Instanzen sowie der Öffentlichkeit“ beizutragen. Allerdings schränkt das Gesetz den Auftrag, die „magischen Ziele“ Preiswertstabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, auf den ehernen „marktwirtschaftlichen Rahmen“ ein. Dieses Verbot des grenzüberschreitenden, alternativen Denkens hat sich seit Anfang der 1970er Jahre bei der Vierermehrheit zur Verherrlichung eines Marktfundamentalismus verfestigt. Selbst Theorien zur Kapitalismusreparatur sind oftmals als mit der Marktkonformität nicht vereinbar abgeblockt worden. Wenn die kapitalistische Marktdynamik alles optimal regelt, dann bedarf es auch keiner Reparaturen. Krisen wurden auf außermarktliche Kräfte zurückgeführt. Gewerkschaften und Sozialstaat gelten als Sprengsätze des Verfassungsguts einer sich selbst stabilisierenden Wettbewerbswirtschaft. Im Jahresgutachten 1975 wurde unter der rhetorischen Frage „Krise der Marktwirtschaft? die kapitalistische Konkurrenz - im Originalton - als Erfüllung einer „Gleichgewichtsverheißung“ mystifiziert. Dieses Plädoyer für eine geschichtslose Endzustand einer Märkteharmonie war einer der Anlässe für die Gründung der linken „Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik“ in diesem Jahr. Anstatt die Pluralität im gesetzlich verordneten Denktank zu verankern, bedurfte es der Organisation einer Gegenöffentlichkeit.

Immerhin sichert seit vielen Jahren ein kritischer Vertreter der Ökonomenzunft mit Minderheitenvoten eine marktkritische Sicht. Dabei musste das Recht auf Minderheitenvoten erst durch ein Schiedsgericht 1973 anerkannt werden. Die Frage stellt sich, wie wird man Mitglied in diesem „ökonomischen Olymp“. Die Sachverständigen kommen derzeit von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten bzw. Instituten. In

der Tat, die Sachverständigen sind nicht Vertreter, die im Dienste von Interessenverbänden oder gar Unternehmen stehen. Aber mit der Art der Auswahl, die das Bundeswirtschaftsministerium koordiniert, wird mit der Vierermehrheit die herrschende Lehre des Marktoptimismus im Rat sichergestellt. Dass die dann ausgesprochenen Empfehlungen der Unternehmenswirtschaft und neoklassischen Wirtschaftspolitik nützen, ist am Ende logisch. Derzeit ist es Peter Bofinger, der als renommierter Ökonom dafür Sorge trägt, dass gegenüber der Viermehrheit etwa zur Lohnpolitik sowie der Finanz- und Geldpolitik die Kritik der herrschenden Lehre im Jahresgutachten verankert wird.

Das siebenundvierzigste Jahresgutachten wird kaum Überraschungen bereithalten. Nachdem die Vierermehrheit den ökonomischen Absturz in 2009 mangels einer kritischen Theorie der Finanzmärkte nicht erkannt hatte, wird im aktuellen Klima des Aufschwungs wieder zur vor Selbstsicherheit strotzenden Tagesordnung übergegangen: Ausstieg aus einer expansiven Finanz- und Geldpolitik, zurückhaltende Lohnpolitik, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und damit Ausweitung der Niedriglohnssektors und eine Ablehnung von Mindestlöhnen. Die Kommentierung in der Politik ist vorprogrammiert. Die Bundesregierung wird sich rundum bestätigt zeigen. Die Oppositionsparteien werden dagegen zu Recht auf die Unterschätzung der konjunkturellen Risiken sowie die sozialen und ökologischen Defizite hinweisen.

Auch dieses Jahresgutachten provoziert die Frage: Lohnt sich nach der Bewertung vor allem der Kosten, die durch den Ausschluss alternativer Sichten durch die Vierermehrheit erzeugt werden, der Einsatz von Steuermitteln für diesen Rat? Die Antwort ist allerdings nur unter strengen Bedingungen dennoch ein Ja. Erst vierzig Jahre nach der Berufung der ersten Mitglieder, ist immerhin eine Frau in den „Olymp der Weisen“ aufgenommen worden. Dieser Rat braucht erstens offensichtlich eine Frauenquote. Zweitens muss eine stärkere Pluralität dafür sorgen, dass die kritische, alternative Wirtschaftswissenschaft stärker verankert wird. Wenn sich hier nichts ändert, sollte dieser gesetzlich verordnete Rat – wie in den USA beim Präsidenten – durch einen „ökonomischen Beirat“ bei der Bundeskanzlerin ersetzt werden.

Erschienen in: Neues Deutschland, 8. November 2010